

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Gutachten über atomare Transporte durch Hamburg

Ich frage den Senat:

1. Das für 1989 geplante Gutachten über atomare Transporte durch Hamburg ist nach Mitteilung des Senats auf die Begutachtung von Kernbrennstofftransporten begrenzt. Wie begründet der Senat diese Einschränkung?
2. Welche Fragestellungen soll das geplante Gutachten über atomare Transporte im einzelnen untersuchen? Wie ist der bisherige Planungsstand?
3. Teilt der Senat die Auffassung, daß ein entsprechendes Gutachten unter dem Blickwinkel des Ausstiegs aus der Atomenergie zu konzipieren ist?
Wenn nein, warum nicht?
4. In einem Gutachten über die zu erwartenden Belastungen der Beschäftigten bei der Deutschen Bundesbahn durch den Transport atomarer Stoffe kommt das Ökoinstitut in Darmstadt zu der Auffassung, daß gerade auch die Stoffe der Kategorie „sonstige radioaktive Stoffe“ zu höheren Belastungen führen als bislang angenommen. Kennt der Senat dieses Gutachten, das für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands erstellt worden ist? Wie bewertet der Senat die dortigen Erkenntnisse, und welche Konsequenzen werden daraus für das geplante Gutachten in Hamburg gezogen?
5. Wird das Gutachten auch die Gefährdungen und Belastungen für die
 - a) Bevölkerung insgesamt,
 - b) Bevölkerung entlang der Transportstrecken und
 - c) mit den Transporten unmittelbar in Berührung kommenden Beschäftigtenim unfallfreien Verlauf solcher Transporte ermitteln?
Wenn nein, warum nicht?
(Bitte entsprechend den genannten Gruppen einzeln antworten und begründen.)
6. In der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 16. Januar 1989 (Drucksache 13/3132) sagt der Senat, daß er keine rechtlichen Möglichkeiten besitze, Kernbrennstofftransporte zu verbieten. Entsprechende Gutachten seien dem Senat nicht bekannt.
Im Anhang 1 des von der Gruppe Ökologie Hannover im Auftrag der Hansestadt Lübeck durchgeführten Gutachtens werden eine rechtliche Beurteilung vorgenommen und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Ist dem Senat dieses (Teil-)Gutachten bekannt?
Wie bewertet der Senat dieses Gutachten im Hinblick auf Hamburg? Ist geplant, im Rahmen des Gutachtens auch rechtlich zu prüfen, welche Handlungsmöglichkeiten Hamburg hat, den Transport von atomaren Stoffen auf seinem Hoheitsgebiet einzuschränken bzw. ganz zu unterbinden?
Wenn nein, warum nicht?
7. Die Stadt Nürnberg hat eine „Bürgerinformation“ unter dem Titel „Keine Atomtransporte durch unsere Stadt“ herausgegeben (April 1987). Diese Schrift geht u. a. auf folgende Fragen ein:
 - a) Was und wie wird transportiert?
 - b) Auf welchen Nürnberger Strecken finden Atomtransporte statt?
 - c) Sind Unfälle beim Transport radioaktiver Stoffe denkbar?
 - d) Lassen sich solche Unfälle nicht vermeiden?
 - e) Außerdem werden von der Stadt Nürnberg Kontaktadressen von örtlichen Bürgerinitiativen genannt.
- 7.1. Wie steht der Senat zu der Forderung, eine entsprechende Bürgerinformation für die Hansestadt Hamburg herauszugeben? Wie wird die eventuelle Ablehnung dieser Forderung begründet?

- Sollte diese Forderung vom Senat geteilt werden: Wann wird eine erste Bürgerinformation o. g. Inhalts vom Senat veröffentlicht?
- 7.2. Hält der Senat es für politisch wünschenswert, die Bevölkerung über den Umfang, die Gefahren und Risiken und auf welchen Strecken was transportiert wird so konkret wie möglich zu informieren?
- Wenn ja, wie stellt sich der Senat solche Veröffentlichungen vor?
- Wenn nein, wie begründet der Senat seine Haltung?
8. Wie steht der Senat zu der Forderung, regelmäßig die durch Hamburg stattgefundenen atomaren Transporte, aufgeschlüsselt nach
- a) Herkunftsort,
 - b) Art der Ladung,
 - c) Streckenführung auf Hamburger Gebiet,
 - e) Beförderer,
 - f) Auftraggeber,
 - g) Zielort,
 - h) Beförderungsart (Schiene, Schiff, Lkw, Bahn, Luft),
- bekanntzumachen?
- 8.1. Wenn dies vom Senat für sinnvoll gehalten wird: In welcher Art kann eine solche Veröffentlichung geschehen, Form und jeweiliger Zeitraum?
- 8.2. Wenn dies prinzipiell, aber in dem Umfang nicht geteilt wird: Welche Punkte hält der Senat im einzelnen nicht für notwendig, und wie begründet er dies?
- 8.3. Wenn dies nicht für sinnvoll erachtet wird, bitte jeweils entsprechend der Untergliederung die Ablehnung begründen.

10. 02. 89

Antwort des Senats

Zu 1.:

Das Gutachten wird auf Initiative der Umweltbehörde geplant. Der Zuständigkeitsbereich der Umweltbehörde beschränkt sich auf den Transport von Kernbrennstoffen.

Zu 2., 3. und 5.:

Das Gutachten soll in wissenschaftlicher Vorgehensweise die Gefahren von Kernbrennstofftransporten analysieren. Der Planungsstand ist noch nicht so weit fortgeschritten, daß die erbetenen Auskünfte erteilt werden können.

Zu 4.:

Das zitierte Gutachten ist dem Senat bekannt. Eine Bewertung ist bisher noch nicht erfolgt. Sie wird jedoch von der zuständigen Behörde in das geplante Gutachten einbezogen werden.

Zu 6.:

Das Teilgutachten ist dem Senat bekannt. Es bezieht sich insgesamt auf die Stadt Lübeck. Inwieweit hieraus rechtliche Schlußfolgerungen für Kernbrennstofftransporte durch Hamburg gezogen werden können, wird noch geprüft. Vom Ergebnis dieser Überprüfung hängt es ab, ob es notwendig ist, für Hamburg ein entsprechendes Rechtsgutachten in Auftrag zu geben.

Zu 7.1.:

Der Senat befürwortet die Herausgabe einer „Bürgerinformation“ zum Thema Kernbrennstofftransporte. Die zuständige Behörde strebt an, noch im Verlauf dieses Jahres eine Informationsschrift herauszugeben.

Der Senat verweist im übrigen auf die Presseerklärung der Umweltbehörde vom 14. Juni 1988, in der statistische Angaben für das Jahr 1987 sowie die grundsätzliche Einschätzung der Gefährlichkeit von Kernbrennstofftransporten enthalten sind.

Zu 7.2.:

Der Senat teilt den Wunsch nach einer umfassenden Information der Bevölkerung. Eine Meinungsbildung über die Veröffentlichung ist noch nicht abgeschlossen.

Zu 8.:

Wie bereits 1988 begonnen, wird die Umweltbehörde jährlich statistische Angaben über Art der Ladung, Streckenführung auf Hamburger Gebiet sowie Beförderungsart in Form einer Presseerklärung oder Bürgerinformationsschrift veröffentlichen. Einer Veröffentlichung der übrigen genannten Daten stehen § 19 Absatz 1 Satz 3 Atomgesetz in Verbindung mit § 139 b Absatz 1 Satz 3 Gewerbeordnung entgegen.